



Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf eines
Amtshilfeabkommens im Zollbereich mit den USA

Procédure de consultation relative au projet d'un
Accord d'assistance administrative en matière douanière avec les États-Unis

Procedura di consultazione su un avamprogetto di
Accordo di assistenza amministrativa in ambito doganale con gli Stati Uniti

Vernehmlassungen der Parteien und Organisationen

Réponses des partis politiques et des organisations

Prese di posizione dei partiti politici e delle organizzazioni

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Zollverwaltung EZV
Monbijoustrasse 40
3011 Bern

Bern, 9. Oktober 2017 / AG
VL Amtshilfeabkommen Zoll USA

Elektronischer Versand: ozd.stab@ezv.admin.ch

Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen lehnt das Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA ab. Die Risiken des Abkommens für die Schweizer Wirtschaft überwiegen die möglichen Chancen, die sich daraus ergeben könnten.

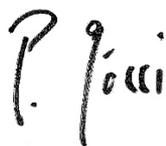
Bereits 2013 hat die EZV in Wirtschaftskreisen eine Konsultation durchgeführt, um zu prüfen, ob ein Amtshilfeübereinkommen mit den USA auf Interesse stossen würde. Dies wurde klar abgelehnt. Trotz Anpassungen im Abkommen gelten verschiedene Kritikpunkte aus dieser Zeit auch für das vorliegende Projekt: Aus dem Amtshilfeübereinkommen resultierende Zwangsmassnahmen können nicht ausgeschlossen, die Vertraulichkeit der Informationen kann nicht garantiert und die von der Schweiz im Abkommen zugestandene Anwesenheit von ausländischen Behörden kann nicht akzeptiert werden. Demgegenüber stehen des Weiteren lediglich unsichere, mögliche Erleichterungen bei der Einfuhr von Waren in die USA als Chance für die Schweizer Wirtschaft.

Solange die Risiken des Übereinkommens nicht entkräftet oder die Vorteile für die Wirtschaft überzeugend nachgewiesen werden können, ist der Abschluss dieses Abkommens nicht im Interesse der Schweiz.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Fraktionssekretär



Petra Gössi
Nationalrätin

Charles Jean-Richard



Herrn Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher des EFD
3003 Bern
ozd.stab@ezv.admin.ch

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Bern, 29. Sept. 2017

Stellungnahme zum Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA. Gerne nehmen wir zu Ihren vier Fragen Stellung.

1. Sind Sie mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens einverstanden?

Ja. Die SP unterstützt den Abschluss eines Amtshilfeabkommens der Schweiz mit den USA im Zollbereich aus sechs Gründen:

(1) Die effiziente Verhütung, Untersuchung und Aufdeckung von Zollwiderhandlungen ist im ureigenen Interesse von allen. Es darf nicht sein, dass Ehrliche schlechter wegkommen als Kriminelle und Schlawmeier, die sich ihren Zollverpflichtungen durch allerlei Tricks zu entziehen versuchen. Wer Zölle hinterzieht, begeht Diebstahl am Volk.

(2) Ein Staat, der Zollwiderhandlungen nicht wirksam ahndet, geht Reputationsrisiken ein. Die Schweiz sitzt hier im Glashaus. Noch immer denkt weltweit an die Schweiz, wer das Stichwort Schwarzgeld hört. Zu einer umfassend verstandenen Weissgeldstrategie gehört ein differenziertes Instrumentarium, das erlaubt, das Unterlaufen von Zollvorschriften wirksam zu bekämpfen.

(3) Die weltweite Gewährleistung der Sicherheit in der internationalen Lieferkette liegt im Sicherheitsinteresse der Schweiz. Dem im Zuge der Globalisierung um ein Vielfaches angestiegenen Güterumschlag und der massiven Verlängerung der Produktionsketten muss ein entsprechend ausgebautes Instrumentarium gegenüberstehen, das die Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen auf dem Gebiete der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels sowie unlauterer und unrechtmässiger Finanzflüsse („*illicit financial flows*“) und des Terrorismus beinhalten. Die Schweiz darf in diesen Anstrengungen nicht abseitsstehen, sondern hat als weltweit präsente, intensiv verflochtene und – global gesehen – 19.-grösste Wirtschaftsmacht eine bedeutende internationale Verantwortung auch im sicherheitspolitischen Bereich wahrzunehmen.

(4) Die Schweiz unterhält seit inzwischen 20 Jahren auch mit der Europäischen Union ein vergleichbares Abkommen über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich ([SR 0.632.401.02](#)), das sich bewährt hat. Das Abkommen mit den USA beruht im Wesentlichen auf dem Abkommen, das die Schweiz auch mit der EU vereinbarte. Nach der EU sind die USA der grösste Wirtschaftspartner der Schweiz: die

USA sind die drittgrösste Importnation und die zweitgrösste Exportnation der Schweiz. Auch für die USA gehört die Schweiz zu den wichtigen Wirtschaftspartnern. Sie ist gesamthaft gesehen der 12. engste Wirtschaftspartner der USA. Angesichts dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung ist die Schliessung von Lücken in der Bekämpfung von Zollvergehen und Sicherheitsvorschriften wichtig.

(5) Die Europäische Union hat bereits 1997 mit den USA ein [Abkommen](#) über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich abgeschlossen und dieses 2004, 2011 und 2012 ausgeweitet. Ein andauerndes Gefälle im Regulierungsniveau zwischen der Schweiz und der EU liegt nicht im Interesse unseres Landes. Das Risiko ist zu gross, dass Personen und Unternehmen aus der EU, welche Zollvorschriften im Verkehr mit den USA unterlaufen möchten, ihre krummen Geschäfte über die Schweiz abzuwickeln versuchen. Diesem Risiko kann mit einem Amtshilfeabkommen der Schweiz mit den USA, das jenem der EU mit den USA gleichwertig ist, der Riegel geschoben werden.

(6) Kommt das Amtshilfeabkommen zustande, so sind damit erhebliche bürokratische Erleichterungen für die Wirtschaftsakteure verbunden. Durch die gegenseitige Anerkennung der zollrechtlichen Sicherheitsmassnahmen wird die Zollbehandlung deutlich vereinfacht, ebenso durch die Möglichkeit, dass Wirtschaftsakteure den Status des «Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten» („*Authorised Economic Operator*“, AEO) erwerben können.

2. Wie wichtig ist Ihnen ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen (Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten, *authorised economic operator*, AEO, AEO-Abkommen)?

Im Verkehr mit der EU hat sich der Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (*Authorised Economic Operator*, AEO) seit 20 Jahren bewährt. Dafür bildet das Amtshilfeabkommen eine Voraussetzung. Die Möglichkeit, darauf beruhend ein AEO-Abkommen abzuschliessen zu können, liegt im wohlverstandenen Interesse der Wirtschaft. Zwar gibt es offensichtlich in der Wirtschaft immer noch Stimmen, welche lieber weiterhin auf die Möglichkeit spekulieren möchten, Zollvorschriften unerkannt unterlaufen zu können. Aus politischer Sicht ist nicht dieser Flügel der Wirtschaft zu honorieren, sondern jener, der auf eine echte bürokratische Entlastung hofft. Denn dem AEO werden spürbare Erleichterungen bei der Vorausanmeldung und bei den sicherheitsrelevanten Kontrollen von Waren gewährt.

3. Sind Sie mit dem vorliegenden Abkommenstext einverstanden, damit allenfalls ein AEO-Abkommen zu Stande kommen kann?

Die SP kann einem Abkommenstext in der vorliegenden Form zustimmen. Zentral ist für die SP, dass bei den aktuellen Bestimmungen über den Datenschutz keine Abstriche gemacht werden. Die Hartnäckigkeit der Schweizer Unterhändler, in Artikel 10 eine Formulierung zu verankern, die sich an [Artikel 12](#) Ziffer 5.1 Buchstabe a des (für die Schweiz am 22. Februar 2017 in Kraft getretenen) WTO-Abkommens über Handelserleichterungen ([SR 0.632.20 – Anhang 1A.15](#)) anlehnt, hat sich gelohnt. Demnach obliegt es dem ersuchenden Staat, alle vom ersuchten Staat zur Verfügung gestellten Informationen und Dokumente streng vertraulich zu behandeln und ihnen mindestens dasselbe Schutz- und Vertraulichkeitsniveau zu gewähren wie das innerstaatliche Recht und Rechtssystem des ersuchten Mitglieds. Zwar bedauert die SP, dass die Schweiz einer Bestimmung zustimmen musste (Art. 10 Abs. 5), wonach die ersuchende Behörde erhaltene Informationen im Zusammenhang mit Terrorismus und nationaler Sicherheit Regierungsstellen, d.h. im Falle der USA dem Director of National Intelligence übermitteln darf. In einer Güterabwägung betrachtet die SP diese Bestimmung aber nicht als so schwerwiegend, dass deshalb das ganze Abkommen in Frage gestellt werden sollte – umso weniger, als die Schweizer Unterhändler wichtige Relativierungen durchsetzen konnten: Laut Art. 10 Abs. 7 dürfen nur Daten übermittelt werden, von denen anzunehmen ist, dass sie korrekt sind; sollte dies nicht der Fall sein, informieren sich die Behörden gegenseitig und sind gehalten, die Daten zu korrigieren oder zu löschen. Wichtig ist auch die Bestimmung im Abkommenstext, wonach die erhaltenen Daten zu vernichten sind, wenn sie nicht mehr benötigt werden (Art. 10 Abs. 8). Der so ergänzte Artikel 10 stellt eine wesentliche

Verbesserung im Bereich des Datenschutzes dar, der bekanntlich in den Beziehungen der Schweiz (und der EU) mit den USA stets bedeutende Fragen aufwirft.

4. Wegen welchen Regelungen im Amtshilfeabkommen wären Sie bereit, auf dieses und damit auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten (was wären die absoluten "nogo"-Kriterien)?

Wesentliche Abstriche beim jetzt erreichten Datenschutz-Niveau wären für die SP nicht annehmbar.

Für die SP ist ebenfalls zentral, dass der aktuelle Abkommenstext die Souveränität der Schweiz auch in Bezug auf wichtige weitere Fragen anerkennt: Die Schweiz entscheidet autonom, ob sie gestützt auf Amtshilfebegehren aus den USA Zwangsmassnahmen ergreift oder nicht. Die Tatsache, dass die Schweiz Zwangsmassnahmen ergreifen kann, wird von der SP ausdrücklich begrüsst. Wer unter dem Verdacht steht, gegen Zollvorschriften verstossen zu haben, muss damit rechnen, dass Dokumente beschlagnahmt, Wohnungen und Personen durchsucht und diese gegebenenfalls vorläufig festgenommen werden. Ohne die Möglichkeit, solche Zwangsmassnahmen zu ergreifen, lassen sich Zollvorschriften gar nicht wirksam durchsetzen. Es ist aber nicht verhandelbar, wer über das Ergreifen von Zwangsmassnahmen in der Schweiz entscheidet. Das muss stets in der alleinigen Kompetenz der Schweiz liegen. Zudem regt die SP an, die Installierung eines individuellen Beschwerdemechanismus zu prüfen, um den Rechtsschutz von Betroffenen sicherzustellen. Dieser müsste freilich so ausgestaltet werden, dass er nicht für die Verschleppung der Verfahren missbraucht werden kann.

Wichtig ist der SP zudem, dass die Schweiz autonom darüber entscheiden kann, ob Beamte aus dem ersuchenden Staat im ersuchten Staat anwesend sein können oder nicht. Die Bildung gemischter Teams ist auf vielen Gebieten üblich und kann die Wirksamkeit von Untersuchungen massgeblich erhöhen. Zollvorschriften ohne Biss machen keinen Sinn. In diesem Sinne unterstützt die SP ausdrücklich die Möglichkeit, dass Beamte aus dem ersuchenden Staat anwesend sein können. Dies bietet mannigfache Vorteile. Es ist für die SP aber zentral, dass die Schweiz ein solches Begehren auch ablehnen könnte, falls solche Begehren offensichtlich unbegründet sind oder andere übergeordnete Interessen tangiert wären.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Peter Hug
Politischer Fachsekretär

**Eidgenössische Zollverwaltung
Oberzolldirektion
Monbijoustrasse 40
3003 Bern**

ozd.stab@ezv.admin.ch

Bern, 13. Oktober 2017

Amtshilfeübereinkommen im Zollbereich mit den USA

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Die SVP sieht im Amtshilfeübereinkommen keinen konkreten Mehrwert, lehnt das Abkommen deshalb ab und beantragt, auf den Abschluss des Abkommens zu verzichten.

Im direkten Vergleich zum Vernehmlassungsentwurf vom Oktober 2013 sind im jetzigen Projekt keine hinreichenden Verbesserungen auszumachen, die einen Abschluss zum heutigen Zeitpunkt rechtfertigen würden. Die bereits im 2013 von der Schweizer Wirtschaft genannten Kritikpunkte sind auch heute noch dieselben geblieben: Ein Amtshilfeübereinkommen riskiert die Vertraulichkeit von Daten und beeinträchtigt die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen.

Abgesehen vom fehlenden Nutzen, dürfte das bilaterale Amtshilfeübereinkommen für die Schweiz insgesamt wenig Mehrwert generieren, weil die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich bereits über das bestehende WTO-Abkommen über Handelserleichterungen abgedeckt wird. Das zur Vernehmlassung stehende Abkommen im Zollbereich liegt aus unserer

Sicht damit ausschliesslich im Sinne der USA, währenddem die Schweiz sich nie ausdrücklich um ein solches Abkommen bemüht hat.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

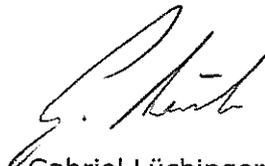
SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Albert Rösti
Nationalrat

Der Generalsekretär



Gabriel Lüchinger

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail: ozd.stab@ezv.admin.ch

Bern, 13. Oktober 2017

Vernehmlassung: Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zum Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die USA sind einer der wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Ein reibungsloser Ablauf des Warenaustausches liegt somit im Interesse der Schweizer Wirtschaft. Die CVP steht klar zur Offenheit der Schweiz und setzt sich bereits seit Jahren für eine Verbesserung des internationalen Handels – nicht nur mit den USA – ein. Der Nutzen einer Vereinfachung des Handels muss jedoch auch immer mit den Risiken für die Schweizer Unternehmen abgewogen werden. Dieses Gleichgewicht ist aus Sicht der CVP mit dem vorliegenden Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA arg strapaziert.

Bemerkung zu den einzelnen Fragen

1. Sind Sie mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens einverstanden?

Der Abschluss eines Amtshilfeabkommens ist grundsätzlich zu begrüssen, dem vorliegenden Abkommen steht die CVP jedoch sehr skeptisch gegenüber.

2. Wie wichtig ist Ihnen ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen (Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten, authorised economic operator, AEO; AEO-Abkommen)?

Ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen kann für die Schweizer Wirtschaft wichtige Vorteile bringen. Es sollte jedoch nicht um jeden Preis abgeschlossen werden. Denn die Vorteile sind nicht klar absehbar, die Risiken für die Schweizer Unternehmen jedoch beträchtlich.

3. Sind Sie mit dem vorliegenden Abkommenstext einverstanden, damit allenfalls ein AEO-Abkommen zu Stande kommen kann?

Nein, die CVP lehnt den vorliegenden Abkommenstext ab. Wichtige, von der Schweizer Wirtschaft bereits 2013 geforderte, Verbesserungen werden mit dem Abkommen nicht erreicht.

4. *Wegen welchen Regelungen im Amtshilfeabkommen wären Sie bereit, auf dieses und damit auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten (was wären die absoluten "no go"-Kriterien)?*

Für die CVP ist der Schutz der Schweizer Unternehmen zentral. Dies beinhaltet sowohl den Datenschutz, den Ausschluss von Zwangsmassnahmen wie auch die Garantie des Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnisses. Auch die Anwesenheit von Angestellten der amerikanischen Behörden kann sich als problematisch herausstellen. Aus Sicht der CVP wurden diese Punkte im vorliegenden Abkommen nicht genügend berücksichtigt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Vorsteher des
Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD)
3003 Bern

ozd.stab@ezv.admin.ch

Zürich, 6. Juli 2017 sm
maeder@arbeitgeber.ch

**Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA:
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrter Herr Maurer

Mit Schreiben vom 21. Juni 2017 wurden wir zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da diese Frage gemäss Arbeitsteilung mit economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen – in dessen Zuständigkeitsbereich fällt, verzichten wir auf eine eigene Eingabe.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor

**Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne**

Par email : ozd.stab@ezv.admin.ch

Genève, le 13 octobre 2017

Consultation - Accord d'assistance administrative en matière douanière avec les États-Unis

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Département fédéral des finances a mis en consultation un projet d'accord d'assistance administrative en matière douanière avec les États-Unis.

La Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (CCIG) a pour objectif d'assurer une économie forte, permettant aux acteurs qui constituent le tissu économique local d'exercer leur activité de manière pérenne. Association de droit privé, indépendante des autorités politiques, la CCIG fait entendre la voix des entreprises, par exemple lors de consultations législatives cantonales et fédérales, et en formulant des propositions ayant trait aux conditions cadre. La CCIG compte plus de 2 500 entreprises membres.

Compte tenu de l'importance du commerce international pour l'économie genevoise et suisse dans son ensemble, la CCIG tient à faire part de sa position sur ce projet.

1. Synthèse

La CCIG se prononce en défaveur de la conclusion de l'accord tel que mis en consultation.

La CCIG relève que la Suisse n'est pas demanderesse de cet accord mais se voit contrainte de faire de nombreuses concessions, certaines étant inacceptables du point de vue de l'économie. De plus, aucune garantie n'existe que les États-Unis consentiront par la suite à ouvrir une procédure en vue d'un accord sur la reconnaissance mutuelle des mesures de sécurité.

Les concessions faites par la Suisse semblent donc être sans contrepartie.

Dans le détail, la CCIG relève les points suivants :

- ➔ **L'accord n'offre pas de garanties suffisantes s'agissant de la protection des données et du secret industriel, commercial ou professionnel ;**
- ➔ **L'utilisation des données et informations récoltées n'est pas suffisamment cadrée ;**
- ➔ **L'étendue des actes d'instruction autorisés et le degré de soupçon préalable nécessaire ne sont pas clairement définis, en particulier s'agissant de l'assistance administrative spécifique ;**
- ➔ **L'accord semble être de nature à octroyer un pouvoir d'ingérence et un droit de regard disproportionnés dans les affaires des entreprises à la partie requérante, en l'occurrence les États-Unis.**

2. Questionnaire de consultation

1. Acceptez-vous la conclusion d'un accord d'assistance administrative

Non. La CCIG se prononce en défaveur de la signature de l'accord tel que soumis à consultation.

2. Quelle est pour vous l'importance d'un éventuel accord sur la reconnaissance des mesures douanières de sécurité (statut d'opérateur économique agréé, «Authorized Economic Operator» (AEO), accord relatif au statut d'opérateur économique agréé) ?

La CCIG se prononce fondamentalement en faveur d'une facilitation des échanges internationaux. A ce titre, une simplification des démarches liées à l'exportation dont doivent s'acquitter les entreprises suisses serait fondamentalement positive.

Nonobstant ce qui précède, la CCIG constate qu'à l'heure actuelle, seules 105 entreprises suisses sont au bénéfice de la certification AEO selon le régime existant, dont cinq ayant leur siège dans le canton de Genève. Il ressort de cet état de fait que cette certification ne revêt pas un caractère indispensable pour l'économie suisse d'exportation.

En définitive, il convient donc de veiller à ce que l'obtention de la reconnaissance mutuelle des mesures douanières de sécurité ne se fasse pas au détriment d'autres aspects importants pour les entreprises, telles que la protection des données et la sécurité du droit.

3. Acceptez-vous le présent texte de l'accord afin que le cas échéant un accord relatif au statut d'opérateur économique agréé puisse être conclu ?

Non.

Il convient de souligner que selon les indications fournies par le Conseil fédéral dans le rapport de consultation, l'acceptation du présent accord ne ferait qu'ouvrir la possibilité théorique qu'un accord sur le statut d'AEO soit conclu un jour. Aucune garantie n'est apportée quant à l'ouverture effective d'une procédure en ce sens.

La Suisse devrait donc accepter un accord dont elle n'est pas demanderesse et ensuite dépendre de la bonne volonté de la partie étatsunienne pour l'ouverture de discussions pouvant éventuellement mener à la signature d'un accord relatif au statut d'AEO.

Une telle situation paraît pour le moins déséquilibrée. De plus, au vu de l'orientation constatée de la nouvelle administration présidentielle étatsunienne en matière de commerce international, la CCIG doute fortement que l'acceptation par la Suisse du présent accord puisse donner lieu à l'ouverture rapide de procédures en vue de la conclusion d'un accord sur le statut d'AEO.

Au vu de ce qui précède, la CCIG estime que l'acceptation par la Suisse de l'accord tel que mis en consultation ne se justifie pas au vu des concessions importantes et unilatérales qu'il imposerait à la Suisse et du manque de garanties sur l'ouverture effective d'une procédure en vue d'un accord relatif au statut d'AEO. Il est à souligner que les entreprises ne tireront aucun bénéfice de la signature de l'accord sur l'assistance administrative.

4. À cause de quelles réglementations de l'accord d'assistance administrative seriez-vous prêts à renoncer à cet accord et ainsi à la possibilité de négocier un accord relatif au statut d'opérateur économique agréé (quels seraient les critères stricts de renoncement [no go]) ?

Du point de vue de la CCIG, les éléments négatifs les plus saillants de l'accord en consultation sont les suivants :

- Fort pouvoir d'ingérence donné aux autorités étrangères ;
- Manque de garanties s'agissant de la protection des données ;
- Nature très vague de l'étendue de l'utilisation des données récoltées par les services gouvernementaux étrangers.

De manière générale, l'accord se distingue par son caractère vague quant à la portée réelle de la récolte et de l'échange d'information. Plusieurs articles de l'accord sont ainsi porteurs d'une grande insécurité juridique pour les entreprises.

La portée des **articles 3, 4 et 5** relatifs à l'assistance administrative et à la présence de collaborateurs n'est ainsi pas clairement définie. Ce manque de clarté concerne le type d'informations transmises à l'autorité requérante, le niveau de soupçon d'infraction exigible préalablement à l'ouverture d'une procédure ou encore la portée et le degré d'ingérence des enquêtes appelées à être menées.

Il en est de même s'agissant de la portée de **l'article 10**. Sa teneur actuelle n'offre pas les garanties nécessaires s'agissant de la protection des données et de l'utilisation des informations transmises.

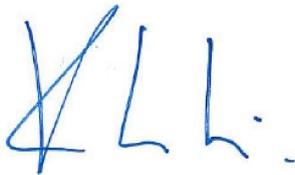
Enfin, l'absence de mention claire à **l'article 11** de l'exception à l'obligation d'assistance si celle-ci entraîne une violation d'un secret industriel, commercial ou professionnel (sur le modèle de ce que prévoit l'accord idoïne avec la Communauté européenne) est là aussi de nature à motiver l'opposition des entreprises.

3. Conclusion

En conclusion, le texte de l'accord soumis à consultation paraît très déséquilibré et au désavantage de la Suisse et de ses entreprises. La possibilité, très théorique à ce stade, de conclure ultérieurement un accord sur la reconnaissance mutuelle des mesures de sécurité, ne justifie pas les concessions faites dans le cadre de cet accord sur l'assistance administrative en matière douanière avec les États-Unis.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à ces éléments, nous vous prions d'agrèer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève



Vincent Subilia
Directeur général adjoint



Charles Lassauce
Membre de la Direction

Département fédéral des finances DFF
Bundesgasse 3

CH-3003 Berne

Paudex, le 2 octobre 2017
PM/mis

**Accord d'assistance administrative en matière douanière avec les états-Unis –
Réponse à la consultation**

Madame, Monsieur,

Nous avons pris connaissance de la consultation relative à l'accord d'assistance administrative en matière douanière avec les États-Unis. Après étude des différents documents, nous sommes en mesure de vous transmettre ci-après notre prise de position.

Contexte

La présente consultation s'inscrit dans une démarche visant à permettre à la Suisse de conclure un accord avec les États-Unis sur la reconnaissance mutuelle des mesures douanières de sécurité. Cette reconnaissance mutuelle devrait permettre aux marchandises sécurisées d'entrer dans une chaîne logistique et bénéficier de «corridors express». Il en découlerait les principaux avantages suivants: des contrôles réduits en matière de sécurité-sûreté, des critères communs de certification (ainsi que des facilités d'accès aux certifications en question), davantage de transparence et une amélioration de la fluidité des flux de marchandises. L'appartenance à une chaîne logistique dont la sécurité est reconnue permettrait ainsi aux entreprises exportatrices de bénéficier de formalités douanières simplifiées leur évitant ainsi d'éventuels retards ou autres inconvénients, ce qui constituerait un avantage indéniable pour l'économie.

Le problème c'est que les États-Unis font dépendre la négociation de cette reconnaissance mutuelle de la conclusion d'un accord d'assistance administrative qui viserait à renforcer la collaboration en matière de prévention, d'instruction et de détection d'infractions douanières. Or il n'est jamais agréable de négocier dans de telles conditions, ce d'autant plus que rien ne garantit que les États-Unis entreraient en matière, respectivement concluront, l'accord sur la reconnaissance mutuelle une fois l'assistance administrative adoptée. Aussi, il serait peut-être utile de joindre à cet accord une clause guillotine qui le rendrait caduque si la reconnaissance mutuelle ne devait pas voir le jour. On notera par contre qu'il existe déjà un accord de ce type entre la Suisse et l'Union européenne (UE).

Par ailleurs, dans le contexte actuel, celui d'une Amérique aux tendances protectionnistes, on peut raisonnablement douter de la volonté de conclure des accords visant à favoriser l'importation de marchandises sur le sol américain. Au niveau des États-Unis, on sent que la motivation première de la conclusion de cet accord réside principalement dans le prélèvement efficace des droits de douane et des autres redevances (art. 3 de l'accord).

Par contre, la Suisse pourrait être fortement pénalisée si les États-Unis et l'UE venaient à conclure le partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (TTIP). Dans un tel cas de figure, la Suisse n'aurait guère d'autre choix que de conclure des accords de ce type afin de pouvoir à son tour négocier en bilatéral un d'accord de libre-échange avec les USA. Cela étant, M. Trump, s'est déjà prononcé contre le TTIP, ce qui devrait donner à la Suisse un peu de marge dans les négociations et reléguer la conclusion du présent accord à un degré d'urgence bien moindre.

Enfin, on regrettera que le texte mis en consultation ne soit pas la version définitive et que celui-ci peut encore évoluer sans qu'on puisse se prononcer sur d'éventuels nouveaux éléments. Nous avons peine dès lors à accorder un blanc-seing à ce type d'accord.

Remarques particulières

Articles 3 et 4: A la demande des États-Unis, ces dispositions font la distinction entre l'assistance administrative générale et spécifique, distinction qui n'existe pas dans l'accord sur l'assistance administrative en vigueur entre la Suisse et l'UE. L'aspect problématique dans l'assistance administrative spécifique ne réside pas tant dans la surveillance des personnes, des marchandises et des moyens de transport en cas de soupçons d'infractions douanières, ce qui existe déjà dans l'accord Suisse-UE, mais dans l'étendue des actes d'instruction autorisés et l'étendue des informations pouvant être fournies.

Les informations devant être délivrées ne sont pas décrites de manière exhaustive dans le texte ce qui ne va pas sans poser de problème. En effet, en l'état il n'est pas possible de se faire une idée précise sur les informations qui devront être données aux autorités douanières américaines et sur le degré de précision attendu. Cette remarque vaut pour l'article 3 qui précise que les « informations devant être délivrées incluent... » laissant la porte ouverte à d'autres informations qui ne sont pas spécifiées dans le texte, mais surtout pour l'article 4 qui mentionne que « chaque administration douanière fournit à la partie cocontractante des informations sur des activités susceptibles de conduire à des infractions douanières... ». Dans cette dernière disposition, les informations à fournir ne sont ni décrites ni limitées ce qui n'est pas tolérable. Par ailleurs l'alinéa 3 de l'article 4 précise que « l'administration requise peut mener des inspections, contrôles subséquents, constatations ou autres actes d'enquêtes aussi loin que possible », cette dernière mention est bien trop large et mérite d'être précisée. Les entreprises suisses ou implantées en Suisse qui exportent vers les États-Unis pourraient ainsi être sous le coup d'une enquête administrative approfondie juste parce qu'elles seraient soupçonnées d'avoir commis une infraction douanière (le degré du soupçon n'étant bien entendu pas précisé). Le pouvoir d'investigation est manifestement trop large et mérite d'être mieux défini. De plus, nous estimons que l'accord doit clairement mentionner les informations qui peuvent être fournies et la manière de les obtenir.

Article 4 chiffre 1 lettre a: Pour plus de clarté, il serait utile de préciser que par personne, on entend les personnes physiques et morales, puisque c'est bien de ces deux notions dont il est manifestement question.

Article 5: Cette disposition permet la présence des collaborateurs de l'administration requérante durant les actes d'instruction. Ces derniers pourraient également venir dans les locaux de l'administration requise pour examiner des informations et faire copie des pièces qu'ils souhaiteraient emporter. Le fort pouvoir d'ingérence octroyé par cette disposition n'est pas acceptable. Tout d'abord on imagine surtout les américains faire usage de cette disposition. Ensuite, pour mener à bien des investigations il n'est pas souhaitable d'avoir la présence d'un représentant de la partie requérante, il pourrait en résulter des pressions sur l'enquête et/ou des velléités d'ingérence dans celle-ci. Aussi nous demandons à ce que le caractère exorbitant de la clause de l'article 5 soit supprimé de l'accord.

Article 8 chiffre 2 lettre b: ce point manque de précision, que faut-il comprendre par type de cas ou de procédure?

Article 10: Cet article pose passablement de difficultés. Le chiffre 1 mentionne que «l'administration requérante doit faire tout son possible pour éviter toute divulgation...», une telle tournure laisse à penser que divulgation il y aura et qu'il n'est pas possible d'éviter des fuites au niveau des informations transmises. Cette tournure de phrase n'est de toute évidence pas appropriée et il serait souhaitable d'avoir plus de garanties à ce niveau.

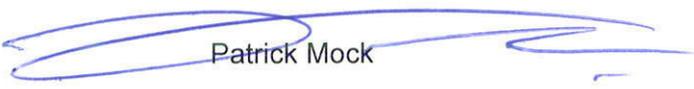
Le chiffre 3 permet, à certaines conditions certes, aux parties contractantes de transmettre des informations à d'autres autorités voire de les rendre publiques. Il n'est tout simplement pas admissible de laisser passer ce type de clause. Les informations récoltées n'ont pas à être transmises à une quelconque autre autorité et encore moins à être rendues publiques. Des dommages irréremédiables pourraient être causés aux personnes (morales notamment) mises ainsi sous le feu des projecteurs.

Conclusions

Etant donné que le texte mis en consultation n'est pas encore la version définitive, qu'il n'y a visiblement aucune urgence en la matière et qu'il n'existe aucune garantie quant à la conclusion d'un accord sur la reconnaissance mutuelle des mesures douanières de sécurité (qui est finalement le véritable enjeu de la présente consultation), nous sommes opposés au présent projet.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos salutations les meilleures.

CENTRE PATRONAL


Patrick Mock

Herr Fürsprecher
Hans Georg Nussbaum
Chef Sektion Recht
Eidgenössische Zollverwaltung
Monbijoustrasse 40
3003 Bern

12. Oktober 2017

Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA: Stellungnahme economiesuisse

Sehr geehrter Herr Nussbaum

Mit Schreiben vom 21. Juni 2017 haben Sie uns eingeladen, zum Amtshilfeabkommen im Zollbereich zwischen der Schweiz und den USA Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit. economiesuisse hat die betroffenen Branchen konsultiert und gibt hiermit die konsolidierte Meinung der Schweizer Wirtschaft wieder.

— Sind Sie mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens einverstanden?

economiesuisse lehnt den Abschluss eines Amtshilfeabkommens in seiner aktuellen Form ab. Die Schweizer Wirtschaft bezog bereits 2013 kritisch Stellung zu einem Entwurf eines Amtshilfeabkommens im Zollbereich zwischen der Schweiz und den USA. Diesen Bedenken wurde im aktuellen Abkommenstext, abgesehen von gewissen Änderungen, jedoch nicht Rechnung getragen. Insbesondere riskiert das Abkommen aus Sicht der Wirtschaft weiterhin die Vertraulichkeit von Daten sowie die Wahrung von Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnissen. Das betrifft speziell Art. 5 über die Anwesenheit von Angestellten der ersuchenden Verwaltung bei Untersuchungen sowie Art. 10 über die Vertraulichkeit und Verwendung von Informationen.

Aus den genannten Gründen lehnen wir den Abschluss eines Amtshilfeabkommens im Zollbereich zwischen der Schweiz und den USA in seiner aktuellen Form ab.

— Wie wichtig ist Ihnen ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen (Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten, authorised economic operator, AEO; AEO-Abkommen)?

Die gegenseitige Anerkennung des Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten ist grundsätzlich zielführend. Das Interesse an einem allfälligen Abkommen mit den USA über die gegenseitige Aner-

kennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen ist seitens der Schweizer Wirtschaft aber aktuell noch gering: Bis Ende Mai 2017 haben sich lediglich 101 Firmen AEO-zertifizieren lassen, wobei der Nutzen des Zertifikats für einige dieser Firmen bis heute beschränkt ist. Andere schätzen die Vorteile eines Zertifikats kleiner ein als den damit verbundenen Mehraufwand (langwieriger Zertifizierungsprozess, Preisgebung sensibler Unternehmensdaten, Mitarbeiterschulung und Sicherheitsvorkehrungen). Um den AEO für Unternehmen interessanter zu machen, müssten somit signifikante Erleichterungen im internationalen Warenverkehr für vertrauenswürdige Unternehmen resultieren.

Angesichts der Tatsache, dass die Vorteile des AEO-Status gegenwärtig nicht signifikant sind, beurteilt die Schweizer Wirtschaft die Bedeutung einer gegenseitigen Anerkennung des Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten aktuell als gering.

— **Sind Sie mit dem vorliegenden Abkommenstext einverstanden, damit allenfalls ein AEO-Abkommen zu Stande kommen kann?**

Die Nachteile, die sich durch den vorliegenden Abkommenstext für die Schweizer Wirtschaft ergeben würden – Rechtsunsicherheiten bezüglich der Auslegung und dem Datenschutz sowie möglicher administrativer Mehraufwand – überwiegen die Vorteile eines allfälligen AEO-Abkommens klar. Dem Interesse an gegenseitiger Amtshilfe wird ausserdem bereits durch das bestehende WTO-Abkommen über Handelserleichterungen entsprochen. Ein weitergehendes bilaterales Abkommen kommt für die Schweizer Wirtschaft nur unter Berücksichtigung der im vorliegenden Dokument (siehe auch «no go»-Kriterien) geäusserten Vorbehalte in Frage. Ausserdem ist eine Zusicherung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein AEO-Abkommen anzustreben. Weiter ist anzumerken, dass ein Amtshilfeabkommen mit den USA im Zollbereich nicht über jenes der Schweiz mit der Europäischen Gemeinschaft hinausgehen soll. Dies ist auch hinsichtlich der Rechtssicherheit und einheitlicher administrativer Abläufe von Bedeutung. Zudem dürfen insbesondere die Befugnisse der amerikanischen Zollbehörde nicht umfassender sein als jene der europäischen.

Die Schweizer Wirtschaft ist mit vorliegendem Abkommenstext nicht einverstanden. Auch wenn die USA den Abschluss eines AEO-Abkommens garantieren würden, müssten die Vorbehalte der Wirtschaft berücksichtigt und der Text substantiell angepasst werden.

— **Wegen welchen Regelungen im Amtshilfeabkommen wären Sie bereit, auf dieses und damit auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten (was wären die absoluten «no go»-Kriterien)?**

Der Abkommenstext ist in zahlreichen Punkten zu stark durch die einseitigen Interessen der USA geprägt und liegt ausserhalb eines für die Schweiz akzeptablen Rahmens. Dazu gehören insbesondere:

- Die Vornahme von **Zwangsmassnahmen** wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen (Art. 4 Abs. 3). Auf Ersuchen der ausländischen Behörde sind somit Inspektionen oder Beschlagnahmen weiterhin möglich. Diese Unsicherheit wird auch im erläuternden Bericht nicht entkräftet und es bleibt offen, wie die Schweizer Behörden in solchen Fällen zu reagieren beabsichtigen.
- Die **Anwesenheit von Angestellten der ersuchenden Behörde** bei Untersuchungen im Exportland ist unbedingt auszuschliessen (Art. 5). Eine solche Bestimmung widerspricht der Praxis der Schweiz im Freihandel und würde einen Präzedenzfall für ein allfälliges Freihandelsabkommen mit den USA schaffen.
- Die **Übergabe von Originalakten** an die ersuchende Verwaltung wird abgelehnt (Art. 6).
- Es soll nur das **innerstaatliche Recht** auf dem Gebiet einer Privatpartei gelten – unabhängig davon, ob ausländisches Recht ebenfalls zugelassen wäre. Art. 9 Abs. 5 verpflichtet die ersuchte Verwaltung allerdings, der Einhaltung eines bestimmten Verfahrens nachzukommen, soweit dieses durch das innerstaatliche Recht der ersuchten Vertragspartei nicht verboten ist.

- Die Bestimmungen über **die Vertraulichkeit und Verwendung von Informationen** (Art. 10) sind aus Sicht der Wirtschaft und vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Datenschutzniveaus beider Länder klar ungenügend. Unter anderem wird die Gleichwertigkeit des Schutz- und Vertraulichkeitsniveaus nicht gewährleistet (nur «so umfassend wie möglich»). Gleichzeitig können Informationen, die die US-Behörden im Zusammenhang mit Terrorismus und nationaler Sicherheit sehen, den Geheimdiensten weitergeleitet werden. Auch die Bestimmung, dass die ersuchende Partei die Möglichkeit erhält, die ersuchte Behörde für eine Verwendung der Informationen zu anderen Zwecken zu ersuchen, ist abzulehnen. Sie würde eine einseitige Durchsetzung der Interessen der US-Verwaltung bedeuten.
- Bei Beeinträchtigung des **Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnisses** darf das Amtshilfeabkommen nicht gelten. Die Verletzung von Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnissen muss deshalb explizit als Ausnahme von der Verpflichtung zur Amtshilfe aufgeführt werden (Art. 11). Diesbezüglich ist auch die Präambel zu wenig wirksam. Gemäss ihr muss das Abkommen nach dem Grundsatz von Treu und Glauben umgesetzt werden, was für den Bundesrat die Amtshilfe auf Basis gestohlener Daten ausschliesst. Es bleibt aber offen, ob diese Interpretation von beiden Vertragspartnern geteilt wird.

Weitere Bemerkungen:

- *Offene Formulierungen:* Einige Regeln sind zu offen formuliert, was zu Interpretationsschwierigkeiten und Rechtsunsicherheit und deshalb zu administrativem (beziehungsweise finanziellem) Mehraufwand führen kann. Das betrifft insbesondere die Regeln unter «allgemeine Amtshilfe» (Art.3), aber auch die Formulierung «so umfassend wie möglich» (Art. 10. Abs.1).
- *Definitionen:* Unter Art. 1 sieht das Abkommen Definitionen vor. Diese werden aber nicht alle konsequent verwendet: In Art. 10 des Abkommenstexts heisst es etwa «ersuchende Vertragspartei», während es gemäss Definition «ersuchende Verwaltung» heissen sollte (gilt auch für die englischsprachige Version). Die Amtshilfe muss ausserdem in Form von sachdienlichen Auskünften, nicht in Form von «Informationen» geleistet werden. Die Definitionen von «customs offense/ customs law» sind zu weit gefasst, da diese nach unserer Lesart auch die nichtzollrechtlichen Erlasse umfassen. Weiter wird der Begriff «Waren» nicht definiert.
- *Sprache:* Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Gesuche in Englisch erfolgen können und nicht zwingend in einer Amtssprache, wie das normalerweise verlangt wird (Art. 8).
- *Generell:* Die Schweizer Wirtschaft spricht sich grundsätzlich für eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA aus. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen zu prüfen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse



Dr. Jan Atteslander
Mitglied der Geschäftsleitung



Rahel Landolt
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Aussenwirtschaft



Secrétariat général

ozd.stab@ezv.admin.ch

Département fédéral des finances
DFF
Administration fédérales des douanes
Bundesgasse 3
3003 Berne

Genève, le 27 septembre 2017
FER No 35-2017

Accord d'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-Unis

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous consulter sur le projet d'accord d'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-Unis et vous faisons parvenir ci-après notre prise de position à ce sujet :

L'accord susmentionné prévoit une collaboration bilatérale plus étroite en matière de prévention, d'instruction et de détection d'infractions douanières, dans la mesure où de telles infractions vont à l'encontre des intérêts économiques, fiscaux et commerciaux, des deux États contractants en raison de leur interdépendance économique et du niveau élevé de leurs échanges bilatéraux de marchandises.

Les États-Unis conditionnent notamment la conclusion d'un accord d'assistance administrative au fait d'ouvrir éventuellement, sans aucune garantie toutefois, des négociations sur un accord relatif à la reconnaissance mutuelle des mesures douanières de sécurité. Un tel accord entraînerait des simplifications des formalités douanières en matière d'importation de marchandises aux États-Unis et serait donc dans l'intérêt de la Suisse.

Comme mentionné dans le rapport explicatif, l'administration fédérale des douanes avait déjà mené une procédure de consultation auprès des milieux économiques en automne 2013 sur cet objet. L'accord d'assistance administrative dans sa forme d'alors avait été clairement rejeté. La reconnaissance mutuelle des mesures de sécurité en matière douanière n'était pas une priorité pour l'économie suisse. Les négociations en vue d'un accord d'assistance administrative se sont pourtant poursuivies à la demande des Etats-Unis. Le principal intérêt pour ceux-ci étant de pouvoir lutter efficacement contre les infractions douanières.

Malgré plusieurs compromis trouvés dans la version actuelle de l'accord, les mesures de contrainte n'ont pas été explicitement exclues, comme le souhaitait la Suisse. Berne n'a pas non plus réussi à faire ajouter une disposition excluant l'assistance administrative en cas de violation du secret professionnel, d'affaires ou de fabrication.

Enfin, les Etats-Unis ont catégoriquement refusé une disposition faisant explicitement référence aux données volées ou à la pêche aux informations. Aux yeux de la FER, cet accord pose donc des problèmes évidents de confidentialité et d'utilisation des informations (protection des données).

Pour toutes ces raisons, la FER rejette la conclusion d'un tel accord, considérant que les potentiels avantages qu'en retirerait l'économie suisse sont inférieurs à ses inconvénients et ses risques.

La situation actuelle des entreprises qui exportent vers les Etats-Unis étant jugée satisfaisante, le statu quo est la meilleure option aujourd'hui. En outre, l'accord OMC sur la facilitation des échanges répond actuellement très bien aux besoins d'assistance administrative en matière douanière.

Voici les réponses aux questions posées dans la lettre d'accompagnement :

1. Acceptez-vous la conclusion d'un accord d'assistance administrative?

Non

2. Quelle est pour vous l'importance d'un éventuel accord sur la reconnaissance des mesures douanières de sécurité (statut d'opérateur économique agréé, «Authorized Economic Operator» [AEO], accord relatif au statut d'opérateur économique agréé)?

Depuis 2011, seules 105 entreprises ont acquis le statut d'AEO (état au 24.08.17), majoritairement des grands groupes internationaux. L'utilité de ce statut n'est donc pas réellement démontrée.

3. Acceptez-vous le présent texte de l'accord afin que le cas échéant un accord relatif au statut d'opérateur économique agréé puisse être conclu?

Voir réponse à la question 1.

4. À cause de quelles réglementations de l'accord d'assistance administrative seriez-vous prêts à renoncer à cet accord et ainsi à la possibilité de négocier un accord relatif au statut d'opérateur économique agréé (quels seraient les critères stricts de renoncement [no go])?

La FER ne peut transiger sur ces points :

- Respect de la confidentialité des données
- Exclusion des mesures de contraintes et de l'assistance administrative spécifique
- Exclusion de l'assistance administrative en cas de violation du secret professionnel, d'affaires ou de fabrication

En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à notre réponse, nous vous prions de recevoir, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Delphine Trunde-Jaccard
Directrice adjointe politique générale
FER Genève

Département fédéral des finances
(DFF)
Administration fédérale des douanes
Direction générale des douanes
Section Droit
3003 Bern

Par courriel
ozd.Stab@ezv.admin.ch

RR/js

312

Berne, le 13 octobre 2017

Position de la Fédération Suisse des Avocats sur l'Accord d'assistance administrative en matière douanière avec les États-Unis

Monsieur le Conseiller fédéral,

Mesdames et Messieurs,

La Fédération Suisse des Avocats vous remercie de la consultation susmentionnée et prend la prise de position de principe suivante: L'échange d'informations projeté dans le cadre de l'Accord d'assistance administrative en matière douanière avec les États-Unis devrait être convenu dans un accord de type "Mutual Recognition Agreement" ("MRA") de manière concomitante et non pas préalablement.

Par ailleurs, la Fédération Suisse des Avocats (FSA) relève que, selon le rapport (cf. page 7), les États-Unis ont catégoriquement rejeté une disposition précisant que l'administration recevant les informations devait présenter un niveau de protection des données équivalent à celui dont disposent les autorités ayant transmis les informations ce qui est le standard habituel de la loi fédérale de protection des données (LPD).

De plus, l'art. 10 al 5. de l'accord sur l'assistance administrative (concernant la confidentialité et l'utilisation des informations) permet la communication à d'autres autorités gouvernementales

d'informations en matière de terrorisme ou d'autres intérêts relevant de la sécurité nationale et ayant été échangées en vertu du présent accord, à condition qu'une obligation de communication existe du fait des lois nationales en vigueur sur le territoire de la partie contractante requérante. Cela paraît problématique du point de vue de la protection des données et ressemble à certains accords critiqués par la Cour de Justice de l'Union européenne (cf. not. l'accord passé avec les USA concernant les *Passenger Name Records*).

La Fédération Suisse des Avocats vous remercie de prendre en compte ses remarques et demeure à disposition pour toute question.

Recevez, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, nos salutations distinguées.

Pour la Fédération Suisse des Avocats,

Le Président

Urs Haegi



Le Secrétaire général

René Rall



Nussbaum Hans-Georg EZV

Von: Angele Tamara <Tamara.Angela@chgemeinden.ch>
Gesendet: Mittwoch, 11. Oktober 2017 17:43
An: _EZV-OZD STAB
Betreff: Vernehmlassung: Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA / KSN SGV

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 21. Juni 2017 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1625 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor



Hannes Germann
Ständerat

Reto Lindegger

Schweizerischer Gemeindeverband

Laupenstrasse 35, Postfach

3001 Bern

Tel. 031 380 70 00

verband@chgemeinden.ch

www.chgemeinden.ch

Eidgenössische Zollverwaltung
Per Email
Ozd.stab@ezv.admin.ch

Bern, 10. Oktober 2017 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Im Prinzip wäre der sgv mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens mit den USA im Zollbereich einverstanden. Den vorliegenden Entwurf lehnt aber der sgv ab, weil es asymmetrisch konzipiert ist, wenige Gegenleistungen der USA beinhaltet und nicht an ein Freihandelsabkommen gekoppelt ist.

Die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen könnte zu einer markanten Vereinfachung im Zollverkehr führen; sind doch die USA der drittgrösste Auslandsmarkt der Schweizer KMU. Trotzdem sprechen viele Gründe gegen den vorliegenden Entwurf.

- Erstens und am wichtigsten: Ein Amtshilfeabkommen im Zollbereich ist nur gekoppelt an ein Freihandelsabkommen vorstellbar. Beide müssen ein Gesamtpaket bilden.
- Zweitens: Das US-amerikanische AEO Programm ist aufwendig, so haben sich bisher nur um die 120 Unternehmen an ihm beteiligt – meistens multinationale Unternehmen. Für KMU bringt das Programm kaum Vorteile.
- Drittens: Jedes Amtshilfeabkommen, das die Schweiz abschliesst, muss den Datenschutz und die Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen absolut garantieren sowie sicherstellen, dass die im Zusammenhang mit dem Verfahren ausgetauschten Informationen nur im Einzelfall und singular verwendet werden. Ferner dürfen ohne Benachrichtigung der Betroffenen keine Daten über Geschäftsgeheimnisse ausgetauscht werden. Zudem lehnt der sgv Zwangsmassnahmen wie Hausdurchsuchungen, Beschattungen, etc. ab.
- Viertens: Der sgv lehnt asymmetrische Verträge ab. Alle Rechten und Pflichten, die im Zuge der Abkommens-Verhandlung mit den USA gegenüber den / für die USA gelten, müssen identisch (nicht: äquivalent) gegenüber der / für die Schweiz gelten.

Damit lauten die Antworten auf die gestellten Fragen wie folgt:

1. Nein – bezogen auf diesen Entwurf;

2. Nur im Zusammenhang mit einem Freihandelsabkommen wichtig;
3. Nein;
4. siehe Erklärung oben, Erstens bis Viertens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat



Henrique Schneider
Stellvertretender Direktor

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Zollverwaltung EZV
Monbijoustrasse 40
3003 Bern

ozd.stab@ezv.admin.ch

Bern, 19. September 2017
n'existe qu'en allemand

Vernehmlassungsantwort zum Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA

Sehr geehrte Herr Bundesrat,
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum obgenannten Amtshilfeabkommen Stellung nehmen zu können. Gerne beantworten wir nachfolgend die von Ihnen im Vernehmlassungsverfahren gestellten Fragen:

- 1 Wir sind mit den zurzeit vorliegenden Grundzügen des Abkommens einverstanden und begrüssen die Bestrebungen, die zum Abschluss dieses Amtshilfeabkommens führen.
- 2 Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) hat weder der Abschluss eines Amtshilfeabkommens noch eines AEO-Abkommens eine besonders hohe Priorität. Nichtsdestotrotz können wir die Überlegungen des Bundesrates und der Zollverwaltung nachvollziehen und erachten deshalb die bis anhin geplanten Schritte als sinnvoll. Die Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen mit den Vereinigten Staaten, in Form eines AEO-Abkommen, ist für die Schweizer Wirtschaft aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA höchstwahrscheinlich vorteilhaft. Da sich auf Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowohl in den Exportbetrieben als auch beim Zoll- und Grenzwachpersonal keine erkennbaren Nachteile ergeben, steht aus Sicht des SGB einem AEO-Abkommen nichts entgegen.
- 3 Wie bereits im ersten Punkt angetönt, ist der SGB mit dem jetzt vorliegenden Abkommen einverstanden. Insbesondere der Einhaltung des Datenschutzes und des Spezialitätsprinzips, wie es in diesem Abkommen auch vorgesehen ist, muss aus Sicht des SGB Sorge getragen werden.
- 4 Als Interessensvertreter der Schweizer Arbeitnehmenden wäre der SGB insbesondere aufgrund der eher geringen Wichtigkeit, die wir diesem Abkommen beimessen, gegen ein solches Abkommen, wenn darin Regelungen enthalten wären, die sich negativ auf die Arbeitsbedingungen des Zoll- und Grenzwachpersonal oder der Schweizer Arbeitnehmenden im Allgemeinen auswirken würde.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat

Monbijoustrasse 61, 3003 Bern / Postfach, 3000 Bern 23
031 377 01 01, Fax: 031 377 01 02, info@sgb.ch, info@uss.ch

Stellungnahme zum Amtshilfeabkommen

Die Solothurner Handelskammer setzt sich für eine freie Marktwirtschaft mit attraktiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein. Zu den massgeblichen Faktoren für den Wohlstand der Schweiz und des Kantons Solothurn gehört eine liberale Handelspolitik. Mit ihrem relativ kleinen Binnenmarkt ist die Schweiz auf einen gut funktionierenden Welthandel angewiesen. Grundsätzlich sind deshalb jegliche Massnahmen zur Stärkung des Freihandels zu begrüssen.

Die zwischen Staaten vereinbarte gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen, im konkreten Fall der AEO (Authorised Economic Operators)-Status, trägt dazu allerdings nur wenig bei, auch wenn sie in Einzelfällen den Warenverkehr vereinfachen kann. Das geplante Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA könnte, indem es von den USA als Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen über ein AEO-Abkommen bezeichnet wurde, indirekt geringfügige Handelserleichterungen bewirken, ohne diese jedoch zu garantieren. Gleichzeitig birgt es gewichtige Risiken für Schweizer Unternehmen. Diese Nachteile sind gegenüber den – vorerst lediglich hypothetischen – Vorteilen eines AEO-Abkommens abzuwägen.

Allgemeine Bemerkungen

Die Wirtschaftsverbände haben sich stets ablehnend zum Abschluss eines Amtshilfeabkommens mit den USA geäussert, letztmals im Vernehmlassungsverfahren 2013. Kritisiert wurden damals die Zwangsmassnahmen, die mögliche Präsenz ausländischer Behörden bei Untersuchungshandlungen in der Schweiz, mögliche Ausforschungsbegehren, die drohende Beeinträchtigung von Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis sowie die Amtshilfe aufgrund von unrechtmässig beschafften Daten. Bei all diesen Nachteilen enthielt die Vorlage für die Schweizer Wirtschaft kaum Vorteile. Die aktuelle Vernehmlassungsvorlage ist deshalb im Besonderen daran zu messen, ob sie gegenüber den damaligen Kritikpunkten wesentliche Verbesserungen beinhaltet.

Zusammenfassend kommen wir zum Schluss, dass wir im aktuell vorliegenden Abkommenstext keine hinreichenden Verbesserungen erkennen können. Obwohl die Verhandlungen seit der letzten Vernehmlassung weiter fortgeschritten sind, bleiben die Hauptkritikpunkte dieselben: Das Amtshilfeabkommen riskiert die Vertraulichkeit von Daten und beeinträchtigt die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen. Durch ausländische Behörden veranlasste Zwangsmassnahmen konnten auch in der letzten Verhandlungsrunde nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden. Dasselbe gilt für die Anwesenheit ausländischer Behörden bei Untersuchungen im Zollbereich in der Schweiz.

Da die USA das Amtshilfeabkommen voraussetzen, um über ein Abkommen der gegenseitigen Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen verhandeln zu können, muss auch eine Einschätzung des Nutzens eines solchen AEO-Abkommens für die Solothurner Wirtschaft vorgenommen werden. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Verhandlungen des Amtshilfeabkommens weiterverfolgt in der Annahme, dass ein AEO-Abkommen mit den USA für die Schweizer Wirtschaft erstrebenswert ist. Wie nachfolgend bei Frage 2 ersichtlich, kann diese Annahme nicht genügend erhärtet werden.

Abgesehen von fehlenden Nutzen aus Sicht der Wirtschaft dürfte das Amtshilfeabkommen für die Schweiz insgesamt wenig interessant sein. Dem Interesse an gegenseitiger Amtshilfe im Zollbereich wird aus Schweizer Sicht bereits durch das bestehende WTO-Abkommen über Handelserleichterungen ausreichend entsprochen. Ein weitergehendes bilaterales Abkommen liegt im einseitigen Interesse der USA, während sich die Schweiz nie ausdrücklich um ein solches Abkommen bemüht hat. Dass selbst für die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) der Nutzen zu wenig offensichtlich ist, zeigt sich daran, dass mögliche Vorteile für die Schweizer Zollbehörden im

Erläuternden Bericht zur Vernehmlassungsvorlage nicht klar benannt werden. Es ist lediglich die Rede davon, dass die EZV „durchaus ein Interesse“ habe, mit den amerikanischen Behörden zusammenzuarbeiten. Der Beleg, dass hierzu das vorgelegte Amtshilfeabkommen nötig ist, fehlt hingegen gänzlich.

Die Solothurner Handelskammer lehnt deshalb die Unterzeichnung des Amtshilfeabkommens ab. Da die Nachteile des Amtshilfeabkommens die Vorteile eines in Aussicht gestellten AEO-Abkommens klar überwiegen und ein AEO-Abkommen zurzeit für die Schweizer Wirtschaft kein Bedürfnis ist, sind weitere Verhandlungen aus heutiger Sicht nicht angebracht.

Bemerkungen zu einzelnen Fragen des EFD

Nachfolgend nehmen wir zu den einzelnen Fragen des EFD Stellung.

1. Sind Sie mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens einverstanden?

Nicht unter den gegebenen Vertragsbedingungen. Die Nachteile eines Amtshilfeabkommens werden durch die Vorteile der AEO-Anerkennung aus Sicht der Schweiz und insbesondere der Schweizer und Solothurner Wirtschaft nicht aufgehoben. Die Risiken und Nachteile wären zu gross.

2. Wie wichtig ist Ihnen ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen (Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten, authorised economic operator, AEO ; AEO-Abkommen)?

Aus zolltechnischer Sicht bringt der AEO-Status die erwarteten Vorteile der reduzierten Kontrollfrequenz im Import und Export, was sich in auch in reduzierten X-ray-Kosten und in verzugslosen Zollabwicklungen im In- und Ausland zeigt. Aus wirtschaftlicher Sicht bringt der AEO-Status bestimmten Unternehmen Vorteile, da die geschlossene Sicherheitskette bei gewissen Kunden an Wichtigkeit zugenommen hat und der AEO-Status diesen verbürgt. Für viele Unternehmen scheint der Nutzen des AEO-Status jedoch bis heute beschränkt und bringen keine signifikanten Erleichterungen im internationalen Warenverkehr. Kritisiert wird weiter, dass das Zertifizierungsverfahren langwierig und aufwendig ist und sensible Unternehmensdaten preisgegeben werden müssen. Daher ist der AEO für Unternehmen insgesamt wenig interessant. Belegt wird diese Tatsache, dass per Ende Mai 2017 schweizweit nur gerade 101 und im Kanton Solothurn 3 Unternehmen AEO-zertifiziert waren.

In der Summe sieht die Solothurner Handelskammer unter den gegebenen Bedingungen keine Notwendigkeit für ein AEO-Abkommen mit den USA. Es ist zu befürchten, dass die USA unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung auch mit AEO-Abkommen kaum bereit sein würden, auf selbstdurchgeführte eingehende Sicherheitskontrollen zu verzichten. Ein allfälliges AEO-Abkommen stiftet für die Schweizer und die Solothurner Wirtschaft zu wenig Nutzen, als dass dieser die für Schweizer Unternehmen resultierenden Nachteile eines Amtshilfeabkommens aufwiegen würde.

3. Sind Sie mit dem vorliegenden Abkommenstext einverstanden, damit allenfalls ein AEO-Abkommen zu Stande kommen kann?

Die Solothurner Handelskammer ist mit dem vorliegenden Abkommenstext nicht einverstanden. Bereits in der Vernehmlassung von 2013 hat die Schweizer Wirtschaft das Amtshilfeabkommen mit den USA grossmehrheitlich abgelehnt. Die in den letzten Verhandlungsrunden gegenüber 2013 erzielten „Verbesserungen“ aus Schweizer Sicht gehen deutlich zu wenig weit, als dass nun eine Zustimmung aus Wirtschaftssicht möglich wäre. Verschiedene Regelungsbereiche sind zu stark durch die einseitigen Interessen der USA geprägt und liegen ausserhalb eines für die Schweiz akzeptablen Rahmens, wie er bspw. beim Amtshilfeabkommen der Schweiz mit der Europäischen Gemeinschaft vorliegt. Dies zeigt sich insbesondere in folgenden Punkten:

Die Vornahme von Zwangsmassnahmen wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen (Art. 4 Abs. 3). Wenn auch die ersuchte Verwaltung gemäss aktueller Formulierung Vorbehalte zur Vollstreckung von Zwangsmassnahmen anbringen kann, sind Inspektionen, Beschlagnahme usw. auf „Ersuchen“ der ausländischen Behörde dennoch möglich. In der praktischen Umsetzung erscheint es wenig wahrscheinlich, dass die Schweizer Behörden Gesuche aus den USA ablehnen werden.

Die USA beharren auf ihrer Forderung, dass Angestellte der ausländischen Behörden bei den Untersuchungen im Exportland anwesend sein können (Art. 5). Der Antrag der Schweiz auf Weglassen dieser aus Wirtschaftssicht inakzeptablen Bestimmung blieb in den weiteren Verhandlungen erfolglos.

Die ausgehandelte Bestimmung über die Vertraulichkeit und die Verwendung von Informationen greift zu wenig (Art. 10). Laut Abkommensentwurf gilt das gleichwertige Schutz- und Vertraulichkeitsniveau im ersuchten Staat nur „so umfassend wie möglich“ (Art. 10 Abs. 1). Gleichzeitig können die US-Behörden gemäss Art. 10 Abs. 5 Informationen, die sie im Zusammenhang mit Terrorismus und nationaler Sicherheit sehen, dem Director of National Intelligence melden. Somit ist faktisch ein Automatismus der Informationsweitergabe möglich, d.h. die Zollbehörden können Daten standardgemäss an die Geheimdienste weiterleiten. Art. 10 enthält zwar einige Verbesserungen gegenüber der Vorlage von 2013, diese gehen aber klar zu wenig weit.

Die Schweizer Wirtschaft hat bereits wiederholt gefordert, dass das Amtshilfeabkommen bei Beeinträchtigung des Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnisses nicht gelten darf. Das Knowhow von Schweizer Firmen soll geschützt und nicht offengelegt werden. Auch der Arbeitnehmerschutz ist bei einer geforderten Amtshilfe unzureichend. Trotz Verhandlungsversuchen konnte sich die Schweiz nicht durchsetzen. Die alternative Klausel in Art. 19 Abs. 1 und der vereinbarte Briefwechsel vermögen eine Bestimmung zur Wahrung des Betriebs-, Geschäfts-, und Berufsgeheimnisses, wie sie im Amtshilfeabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft enthalten ist, nicht ausreichend zu ersetzen. In der Präambel wurde zwar festgehalten, dass das Abkommen nach dem Grundsatz von Treu und Glauben umzusetzen sei. Nach Auffassung des Bundesrates schliesst dies aus, dass auf Basis gestohlener Daten um Amtshilfe ersucht wird. Es ist aber sehr unsicher, ob die USA diesen Rechtsgrundsatz gleich interpretieren. Die allgemeine Erwähnung in der Präambel ist zu wenig wirksam.

4. Wegen welchen Regelungen im Amtshilfeabkommen wären Sie bereit, auf dieses und damit auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten (was wären die absoluten „no go“-Kriterien)?

Die Solothurner Handelskammer ist generell bereit, auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten, da dieses zu wenig Nutzen stiften würde. Daher ist die Bereitschaft der Wirtschaft auch gering, das Amtshilfeabkommen als Teil eines Kompromisses zugunsten eines AEO-Abkommens zu akzeptieren. Unsere Hauptkritikpunkte am Text des Amtshilfeabkommens finden sich unter Frage 3.

Falls die Hauptkritikpunkte am Text des Amtshilfeabkommens (s. Frage 3) bei weiteren Verhandlungen berücksichtigt werden können, können die Verhandlungen weitergeführt werden.

Weitere Bemerkungen

Zum Schluss erlauben wir uns der Transparenz und Vollständigkeit halber noch folgenden Hinweis: Die Solothurner Handelskammer stellt im Mandat der EZV Beglaubigungen für den nicht-präferenziellen Ursprung aus. Änderungen im Zollrecht können deshalb grundsätzlich auch Auswirkungen auf die Solothurner Handelskammer als Leistungserbringerin haben. Vom zur Diskussion stehenden Amtshilfeabkommen wäre diese Art der Tätigkeit jedoch nicht betroffen. Das Amtshilfeabkommen erfasst die gesamte Transportkette von Warenexporten, nicht jedoch die Stellen, welche Zolldokumente ausstellen. Das Amtshilfeabkommen hätte daher keinen Einfluss auf die Art oder den Umfang der zu erbringenden Dienstleistungen der Solothurner Handelskammer. Ebenso wenig sind unsere Beglaubigungsdienstleistungen von einem möglichen AEO-Abkommen betroffen.

Auskünfte erteilt:

Daniel Probst

Direktor Solothurner Handelskammer

T 032 626 24 24 | M 079 645 61 01



Eidgenössische Zollverwaltung
Monbijoustrasse 40
3003 Bern

Per Mail: ozd.stab@ezv.admin.ch

Bern, 13. Juli 2017

Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Direktorin

Renate Amstutz

Eidgenössische Zollverwaltung
Oberzolldirektion
Sektion Recht
Hans-Georg Nussbaum, Fürsprecher
Monbijoustrasse 40
3003 Bern

Wirtschaftspolitik

Nicolas Stephan
Ressortleiter Volkswirtschaft

Pfingstweidstrasse 102
Postfach
CH-8037 Zürich
Tel. 044 384 48 40

n.stephan@swissmem.ch
www.swissmem.ch

Zürich, 27. September 2017

Amtshilfeabkommen Schweiz – USA

Sehr geehrter Herr Nussbaum

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, anlässlich der Vernehmlassung zu einem allfälligen Amtshilfeabkommen im Zollbereich zwischen der Schweiz und den USA, Stellung zu nehmen.

Nachstehend beantworten wir die von Ihnen gestellten Fragen wie folgt:

Sind Sie mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens einverstanden?

Dieser Abkommensentwurf geht weit über bestehende Amtshilfeabkommen hinaus und birgt das Risiko, dass die Vertraulichkeit von Dokumenten nicht mehr geschützt ist. Die Schweiz erhält im Gegenzug auch keinerlei Zusicherung der gegenseitigen Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen. Es ergeben sich auch keine zusätzlichen Impulse für unsere Beziehung zu den USA (z.B. Prüfung zur Aufnahme von FHA-Verhandlungen mit den USA). Wir lehnen aus diesem Grund den Abschluss eines Amtshilfeabkommens mit den USA ab.

Wie wichtig ist Ihnen ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen?

Grundsätzlich ist eine gegenseitige Anerkennung richtig und zielführend, da nur damit eine international sichere Lieferkette mit vernünftigem Aufwand administrierbar ist. Aufgrund der relativ geringen Anzahl an AEO-Zertifizierungsanträgen in der Schweiz geht Swissmem davon aus, dass das Interesse recht gering sein wird.

Sind Sie mit dem vorliegenden Abkommenstext einverstanden, damit allenfalls ein AEO-Abkommen zustande kommen kann?

Der vorliegende Abkommenstext geht in vielen Bereichen über das Amtshilfeabkommen zwischen der Schweiz und der EU hinaus und ist daher aus Sicht von Swissmem abzulehnen.

- **Art. 10** über die Vertraulichkeit und Verwendung von Informationen bietet ein zu geringes Datenschutzniveau, darüber hinaus sind gewisse Begriffe zu schwammig formuliert, z. B. **«Die ersuchende Verwaltung schützt vor Offenlegung so umfassend wie möglich»**.

- **Art. 10 Abs. 3** gewährt der ersuchenden Partei die Möglichkeit, die ersuchte Behörde für eine Verwendung der Informationen zu anderen Zwecken anzufragen. Das wäre ein Freipass für die US-Verwaltung, ihre Anliegen durchzusetzen.

Wegen welchen Regelungen im Amtshilfeabkommen wären Sie bereit, auf dieses und damit auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten (was wären die absoluten "no go"-Kriterien)?

Den bereits erwähnten fehlenden Schutz von Betriebsgeheimnissen lehnen wir klar ab.

Wir stimmen ebenfalls nicht zu (Artikel 5), dass Angestellte der ersuchenden Verwaltung bei den Untersuchungen (Inspektionen, Nachprüfungen, einschliesslich der Einvernahme von Zeuginnen und Zeugen oder Personen, die einer Zollwiderhandlung verdächtigt werden) anwesend sein können. Die Möglichkeit von Inspektionen wurde bereits im Abkommen mit Südkorea zugestanden. Diesbezüglich haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Aufgrund der sehr weitreichenden Möglichkeiten, die das US-Recht vorsieht, lehnen wir aus schweizerischer Sicht die vorgesehene extraterritoriale Beweiserhebung durch ausländische Amtspersonen in der Schweiz ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme in der Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse



Dr. Jean-Philippe Kohl
Mitglied der Geschäftsleitung



Nicolas Stephan
Ressortleiter Volkswirtschaft

elektronisch an:
ozd.stab@ezv.admin.ch

Per E-mail an:

Oberzolldirektion
ozd.stab@ezv.admin.ch

Zürich, 8. September 2017

Amtshilfeabkommen Schweiz-USA: Stellungnahme Swiss Textiles

Sehr geehrter Herr Bundesrat Ueli Maurer

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme anlässlich der Vernehmlassung zu einem allfälligen Amtshilfeabkommen im Zollbereich zwischen der Schweiz und den USA. Wir begrüssen die Bemühungen der Schweiz, die Beziehungen mit den USA zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die USA ist hinter der EU der zweitwichtigste Absatzmarkt von Schweizer Textilien und Bekleidung. Gute wirtschaftliche Beziehungen sind für die Schweizer Textil- und Bekleidungsindustrie daher zentral.

Nachstehend beantworten wir, die von Ihnen gestellten Fragen über ein allfälliges Amtshilfeabkommen im Zollbereich zwischen der Schweiz und den USA.

Sind Sie mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens einverstanden?

Swiss Textiles ist mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens zwischen der Schweiz und den USA grundsätzlich einverstanden, um die Weichen für ein allfälliges Sicherheitsabkommen sowie allenfalls auch Freihandelsabkommen zu stellen. Wir erachten den Zeitpunkt allerdings aus zwei Gründen als ungünstig. Erstens löst die US-Aussenhandelspolitik zurzeit grosse Unsicherheiten aus. Die Aussenhandelspolitik der USA ist gegenwärtig unberechenbar und sympathisiert mit Protektionismus. Importe werden als schlecht angesehen und sollen mittels diverser Massnahmen wie der «border adjustment tax» zurückgedrängt werden. Ein Amtshilfeabkommen mit der Schweiz könnte von der US-Regierung missbraucht werden, um protektionistische Vorhaben umzusetzen.

Zweitens gründet der Abschluss eines Amtshilfeabkommens auf dem Wunsch der USA. Die Schweiz erhält im Gegenzug nicht einmal die Zusicherung auf ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen und somit zur Anerkennung des AEO. Aber selbst wenn die USA ein solches Abkommen zusichern würde, wäre der Nutzen für Schweizer KMU gering. Gemäss aktuellem Stand vom 29. Mai 2017 sind gerade einmal hundert Firmen AEO zertifiziert. Dabei handelt es sich insbesondere um Speditionsfirmen und Grosskonzerne.

Aus diesen zwei Gründen empfehlen wir mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommen zuzuwarten.

Wie wichtig ist Ihnen ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen

Ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen mit den USA hat für die Schweizer Textil- und Bekleidungsindustrie zurzeit wenig Relevanz, da mit einer Ausnahme gegenwärtig kein Schweizer Textil- oder Bekleidungsunternehmen AEO zertifiziert ist.

Sind Sie mit dem vorliegenden Abkommenstext einverstanden, damit allenfalls ein AEO-Abkommen zu Stande kommen kann?

Der vorliegende Abkommenstext geht in nachstehenden Bereichen über das Amtshilfeabkommen zwischen der Schweiz und der EU hinaus und ist daher aus unserer Sicht abzulehnen:

- Art. 9 Abs. 5 verpflichtet die ersuchte Verwaltung der Einhaltung eines bestimmten Verfahrens nachzukommen, soweit ein solches Verfahren durch das innerstaatliche Recht der ersuchten Vertragspartei nicht verboten ist. Mit dieser Klausel öffnet sich die USA ein Türchen, um amerikanisches Recht in der Schweiz walten zu lassen. Auf dem Gebiet einer Vertragspartei soll nur das innerstaatliche Recht gelten, unabhängig davon, ob das ausländische Recht ebenfalls zugelassen wäre. Swiss Textiles beantragt die Streichung von Art. 9 Abs. 5.
- Art. 10 Abs. 1 bietet ein zu geringes Datenschutzniveau. Der Begriff «so umfassend wie möglich» ist schwammig und bietet grossen Interpretationsspielraum. Art. 10 Abs. 1 ist ein Freipass für die USA, mit Schweizer Daten nach amerikanischem Gesetz zu verfahren. Analog des Zusatzprotokolls über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich zwischen der Schweiz und der EU muss sich die ersuchende Vertragspartei verpflichten, für einen Schutz der Daten zu sorgen, der dem in der ersuchten Partei geltenden Schutz mindestens gleichwertig ist.
- Terrorismus wird von der US-Regierung oft benutzt, um das Datenschutzgesetz für andere Zwecke zu unterwandern. Art. 10 Abs. 3 gewährt der ersuchenden Partei bereits die Möglichkeit, die ersuchte Behörde für eine Verwendung der Informationen zu andere Zwecken zu ersuchen. Andere Zwecke wie die Verwendung der Daten im Zusammenhang mit Terrorismus sind dadurch bereits abgedeckt. Art. 10 Abs. 5 ist somit ersatzlos zu streichen.
- Die Verletzung von Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnissen muss als Ausnahme von der Verpflichtung zur Amtshilfe in Art. 11 aufgenommen werden.

Des Weiteren ist Swiss Textiles gegen die Möglichkeit in Art. 5, dass Angestellte der ersuchenden Verwaltung von Fall zu Fall aufgrund der erteilten Bewilligung der ersuchten Verwaltung und unter den von dieser festgelegten Bedingungen bei Untersuchungshandlungen – unabhängig ihrer Form – anwesend sein dürfen. Während das NAFTA-Abkommen die Anwesenheit von der ersuchenden Behörde auf dem Territorium der ersuchten Behörde zulässt und die USA dies auch für das TTIP so handhaben möchten, widerspricht dies der Praxis der Schweiz im Freihandelsbereich. Die Anwesenheit von Angestellten der anderen Vertragspartei auf dem eigenen Staatsgebiet im Amtshilfeabkommen zu dulden, würde einen Präzedenzfall für ein allfälliges Freihandelsabkommen mit den USA schaffen, weshalb sich Swiss Textiles dagegen stellt.

Wegen welchen Regelungen im Amtshilfeabkommen wären Sie bereit, auf dieses und damit auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten ("no go"-Kriterien)

Wie oben erläutert, erachten wir den Zeitpunkt für einen Abschluss eines Amtshilfeabkommens zwischen der Schweiz und den USA als ungünstig. Sollte sich die Aussenhandelspolitik der USA künftig wieder öffnen, unterstützt Swiss Textiles ein Amtshilfeabkommen unter der Voraussetzung, dass:

- Art. 10 Abs. 5 sowie Art. 9 Abs. 5 gestrichen werden

- Art. 10 Abs. 1 dahingehend geändert wird, so dass sich die ersuchende Vertragspartei verpflichtet, für einen Schutz der Daten zu sorgen, der dem in der ersuchten Vertragspartei geltenden Schutz mindestens gleichwertig ist,
- die Anwesenheit von Angestellten der ersuchenden Verwaltung auf dem Staatsgebiet der ersuchten Verwaltung ausgeschlossen ist,
- die Verletzung von Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnissen als Ausnahme von der Verpflichtung zur Amtshilfe in Art. 11 aufgenommen wird und
- die Verhandlungen über ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen sowie über ein Freihandelsabkommen aufgenommen werden,

Können diese Aspekte nicht berücksichtigt werden, kann Swiss Textiles ein allfälliges Amtshilfeabkommen mit den USA nicht unterstützen.

Weitere Bemerkungen

Im vorliegenden Abkommenstext wird unter Art. 1 der Begriff «Waren» nicht definiert. Wir bitten Sie, analog dem Zusatzprotokoll über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich vom 9. Juni 1997 zwischen der Schweiz und der EU diese Definition zu ergänzen.

Art. 3 Abs. 3 Bst. a. sieht die Errichtung und Aufrechterhaltung von Kommunikationswegen vor, um einen sicheren und raschen Informationsaustausch zu erleichtern. Was wird unter Kommunikationswegen verstanden? Wie umfassend sind diese?

Laut Art. 4 Abs. 2 sind die Zollverwaltungen in Situationen, in denen erheblicher Schaden für die Wirtschaft, die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Sicherheit oder für andere wesentliche Interessen der anderen Vertragspartei entstehen könnte, angehalten, Informationen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten ohne dass sie darum ersucht worden sind zu liefern. Geht die Schweiz damit eine Verpflichtung ein und riskiert sie bei Verletzung sanktioniert zu werden?

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme in der Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Swiss Textiles



Peter Flückiger
Direktor



Jasmin Schmid
Leiterin Wirtschaft und Statistik

Nussbaum Hans-Georg EZV

Von: _EZV-OZD STAB
Gesendet: Freitag, 23. Juni 2017 14:17
An: Nussbaum Hans-Georg EZV
Betreff: WG: Vernehmlassungsverfahren / procédure de consultation / procedura di consultazione: Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA / accord sur l'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-unis / accordo sull'assistenza amministrativa

Anlagen: Amtshilfeabkommen_USA_Begleitschreiben_Organisationen_DE.pdf;
Amtshilfeabkommen_USA_Begleitschreiben_Organisationen_FR.pdf;
Amtshilfeabkommen_USA_Begleitschreiben_Organisationen_IT.pdf

Von: Adrian Wuethrich [mailto:wuethrich@travailsuisse.ch]
Gesendet: Freitag, 23. Juni 2017 12:36
An: _EZV-OZD STAB <ozd.stab@ezv.admin.ch>
Betreff: WG: Vernehmlassungsverfahren / procédure de consultation / procedura di consultazione: Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA / accord sur l'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-unis / accordo sull'assistenza amministrativa

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zu diesem Vernehmlassungsverfahren. Wir verzichten auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Adrian Wüthrich

Travail.Suisse

Adrian Wüthrich
Präsident / Grossrat BE
Postfach / 3001 Bern
031 370 21 11 / 079 287 04 93
www.travailsuisse.ch

Renten sichern.

AHV stärken am
24. September

2x JA

Von: hans-georg.nussbaum@ezv.admin.ch [mailto:hans-georg.nussbaum@ezv.admin.ch]
Gesendet: Donnerstag, 22. Juni 2017 16:51
An: mail@bdp.info; info@cvp.ch; ch.schaeli@gmx.net; info@cspo.ch; vernehmlassungen@evppev.ch; info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch; lorenzo.quadri@mattino.ch; info@mcge.ch; pdaz@pda.ch;

gs@svp.ch; verena.loembe@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch;
info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; sandra.spieser@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch;
verband@arbeitgeber.ch; info@sbv-usp.ch; office@xn--sba-mea.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch;
berufspolitik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch; info@fer-ser.ch; sekretariat@iss.ch; position@kepmail.ch;
info@oeffentlichkeitsgesetz.ch; creutter@fedex.com; info@scienceindustries.ch; office@spedlogswiss.ch;
info@swiss-shippers.ch; astag@astag.ch; cpbern@centrepatronal.ch; info@djs-jds.ch; info@grundrechte.ch;
info@vsgu-ashb.ch

Cc: michaela.schaerer@ezv.admin.ch; marianne.weber@ezv.admin.ch; Christoph.Herrli@gs-efd.admin.ch

Betreff: Vernehmlassungsverfahren / procédure de consultation / procedura di consultazione: Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA / accord sur l'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-unis / accordo sull' assistenza amministrativa in

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 21. Juni 2017 das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf eines Amtshilfeabkommens im Zollbereich mit den USA eröffnet. Das Vernehmlassungsverfahren dauert bis zum 13. Oktober 2017.

Weitere Informationen entnehmen Sie dem angefügten Orientierungsschreiben.

<https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#EFD>

Mesdames, Messieurs,

Le 21 juin 2017, le Conseil fédéral a chargé le Département fédéral des finances de mener une procédure de consultation sur le projet d'un accord sur l'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-unis. La procédure de consultation prendra fin le 13 octobre 2017. Vous trouverez de plus amples informations dans le courrier ci-joint.

<https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#EFD>

Gentili Signore e Signori,

Il 21 giugno 2017 il Consiglio federale ha incaricato il Dipartimento federale delle finanze di indire una procedura di consultazione sul progetto di un accordo sull' assistenza amministrativa in materia doganale con gli Stati uniti.

La consultazione termina il 13 ottobre 2017. Per ulteriori dettagli consultare la lettera d'informazione allegata. <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#EFD>

Mit freundlichen Grüssen

Hans Georg Nussbaum

Fürsprecher

Chef Sektion Recht
Oberzolldirektion
Eidgenössische Zollverwaltung
Monbijoustrasse 40
3003 Bern

Telefon 058 462 65 88

E-Mail hans-georg.nussbaum@ezv.admin.ch



Fédération de l'industrie horlogère suisse FH
Verband der Schweizerischen Uhrenindustrie FH
Federation of the Swiss Watch Industry FH

Eidgenössische Zollverwaltung
Oberzolldirektion
Sektion Recht
Hans-Georg Nussbaum, Fürsprecher
Monbijoustrasse 40
3003 Bern

V. Réf / Ihr Zeichen / Your Ref :
N. Réf / Unser Zeichen / Our Ref : 201710299

Bienne, le 4 octobre 2017

Procédure de consultation : Projet d'accord d'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-Unis

Monsieur,

Nous nous référons à votre courrier du 21 juin 2017 nous informant de l'ouverture de la procédure de consultation relative au projet d'accord d'assistance administrative en matière douanière avec les Etats-Unis. D'avance, nous vous remercions de l'occasion qui nous est donnée de pouvoir prendre position sur ce projet.

1. Présentation de la Fédération de l'industrie horlogère suisse FH

La Fédération de l'industrie horlogère suisse FH (ci-après FH) est l'association faitière de la branche horlogère suisse et regroupe près de 500 entreprises membres. Etablie à Bienne, elle possède également des bureaux permanents à Hong Kong, Tokyo et Rio. Elle défend les intérêts de l'horlogerie suisse au niveau tant national qu'international. L'industrie horlogère emploie plus de 57'000 personnes en Suisse et figure parmi les industries les plus importantes du pays. En 2016, elle a exporté de la marchandise d'une valeur de plus de 19 milliards de francs suisses.

Rue d'Argent 6
2502 Biel/Bienne
Switzerland

Tél. +41 (0)32 328 08 28
Fax +41 (0)32 328 08 80
info@fhs.ch/www.fhs.ch



2. Questions concrètes posées dans le cadre de la consultation

2.1. Acceptez-vous la conclusion d'un accord d'assistance administrative ?

Le 28 octobre 2013, la FH a déjà participé à la première procédure de consultation concernant l'entraide administrative en matière douanière avec les Etats-Unis et la reconnaissance mutuelle du statut d'AEO. A l'époque, nous avons émis des réserves quant au projet, sachant que les principes suivants ne pouvaient, à notre avis, pas être garantis :

- L'exclusion des mesures de contrainte ;
- L'exclusion de mesures d'entraide en cas de violation d'un secret professionnel ou d'affaires protégé par le droit suisse ;
- L'exclusion de la présence d'inspecteurs américains sur le sol suisse et notamment au sein des entreprises suisses ;
- L'exclusion de la pêche aux informations ;
- L'exclusion de l'entraide basée sur des informations ou données acquises de façon illicite selon le droit suisse.

Nous admettons que le nouveau projet d'accord présente des améliorations par rapport à la garantie des principes susmentionnés. Toutefois, nous arrivons à la conclusion que le projet comporte toujours un potentiel d'abus important des possibilités de coopération offertes pour obtenir des informations d'affaires tombant sous le champ du secret professionnel. Ceci concerne notamment les art. 5 (Présence de collaborateurs) et l'art. 10 (Confidentialité et utilisation des informations). Sachant que la perception de la protection des données et de la sphère privée est très différente entre la Suisse et les Etats-Unis, nous craignons que ces dispositions, parfois formulées de manière indéterminée, puissent être utilisées afin d'obtenir des informations sensibles sur les entreprises suisses et que ces dernières soient contraintes de coopérer contre leur gré avec les autorités américaines. A cet égard, il n'a malheureusement pas été possible de négocier une clause excluant explicitement toute assistance administrative en cas de violation du secret professionnel, d'affaires ou de fabrication.

Pour les raisons précitées, nous refusons donc la conclusion de l'accord d'assistance administrative dans sa forme actuelle.

2.2. Quelle est pour vous l'importance d'un éventuel accord sur la reconnaissance des mesures douanières de sécurité (statut d'opérateur économique agréé, « Authorised Economic Operator » [AEO], accord relatif au statut d'opérateur économique agréé) ?

Le principe de prévoir des allègements en matière douanière pour des entreprises fiables et respectant certains paramètres de sécurité est louable en soi. La reconnaissance mutuelle et internationale des différents statuts va de pair avec ces initiatives. Néanmoins, nous constatons qu'actuellement l'intérêt des entreprises suisses pour le statut d'AEO est resté faible (34 entreprises certifiées en 2013, une centaine en 2017). Pour le moment, très peu d'entreprises horlogères suisses se sont intéressées au statut d'AEO, ce qui montre un décalage entre les investissements nécessaires pour obtenir le statut d'AEO et les bénéfices en découlant.



Sachant que les avantages liés au statut d'AEO en matière d'exportation et de dédouanement ne sont pas suffisamment significatifs, ni en argent, ni en temps, l'importance de la reconnaissance mutuelle des deux statuts suisse et américain est moindre.

2.3. Acceptez-vous le présent texte d'accord afin que le cas échéant un accord relatif au statut d'opérateur économique agréé puisse être conclu ?

Afin de pouvoir répondre à cette question, il faut procéder à une pondération des intérêts. Au vu du faible intérêt pour le statut d'AEO, nous restons d'avis que les avantages d'une reconnaissance mutuelle des différents statuts ne peuvent pas contrebalancer les désavantages et risques découlant d'un accord d'assistance administrative avec les Etats-Unis sous sa forme actuelle. Seule l'acceptation intégrale et sans réserve des cinq critères cités sous le point 2.1. de ce document nous permettrait de parvenir à une autre conclusion.

En l'occurrence, nous ne pouvons donc pas accepter le présent texte d'accord afin qu'un accord relatif au statut d'opérateur économique agréé puisse être conclu.

2.4. A cause de quelles réglementations de l'accord d'assistance administrative seriez-vous prêts à renoncer à cet accord et ainsi à la possibilité de négocier un accord relatif au statut d'opérateur économique agréé (quels seraient les critères stricts de renoncement [no go]) ?

Art. 5 : Les collaborateurs de l'administration requérante ont – sous certaines conditions – la possibilité d'être présents lors d'investigations telles que des inspections, contrôles subséquents, constatations ou autres actes d'enquête réalisés par l'administration requise et examiner dans les locaux de service de l'administration requise des informations relatives à une infraction douanière et en faire des copies intégrales ou partielles. Nous estimons que cette disposition présente toujours un potentiel d'abus relatif aux secrets professionnels des entreprises suisses, même si la décision d'autoriser une présence ou non est à la seule appréciation de l'administration requise.

Art. 10 : Même si des avancées positives ont pu être obtenues par les autorités suisses – l'art. 10 mentionne que toutes les informations obtenues dans le cadre de l'accord doivent faire l'objet d'un traitement confidentiel – il reste néanmoins des formulations problématiques nécessitant des interprétations dans le texte. Ainsi, la nature confidentielle des informations est relativisée par l'ajout « unless otherwise stated ». Par ailleurs, l'administration requérante doit faire « tout son possible » pour éviter toute divulgation (« to the fullest extent possible »).



3. Conclusion

En l'état actuel, les allègements conférés par le statut AEO ne permettent pas de contrebalancer les risques encourus par les entreprises suisses dans le cadre du présent projet d'accord. Les secrets de fabrication, le secret professionnel ainsi que le secret d'affaires sont des biens essentiels pour les entreprises suisses qui ne sont, à notre avis, pas suffisamment protégées contre le potentiel d'abus émanant des dispositions de l'accord.

Nous vous remercions de prendre en compte notre prise de position et nous tenons à votre entière disposition pour toute information complémentaire.

Veillez agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Jean-Daniel Pasche
Président

Yves Bugmann
Chef de la division juridique

Eidgenössische Zollverwaltung
Oberzolldirektion
Sektion Recht
Hans-Georg Nussbaum, Fürsprecher
Monbijoustrasse 40
3003 Bern

scienceindustries
Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech

Nordstrasse 15 · Postfach · 8021 Zürich
info@scienceindustries.ch
T +41 44 368 17 11
F +41 44 368 17 70

elektronisch an:
ozd.stab@ezv.admin.ch

Zürich, 20. September 2017

Vernehmlassung: Amtshilfeabkommen im Zollbereich zwischen der Schweiz und den USA – gegenseitige Anerkennung AEO – CTPAT: Stellungnahme scienceindustries

Sehr geehrter Herr Nussbaum

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 21.06.2017, mit welchem Sie uns die Möglichkeit geben, zum geplanten Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA und der gegenseitigen Anerkennung der zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten Stellung zu nehmen.

Gerne nehmen wir diese Möglichkeit hiermit wahr und beantworten Ihre diesbezüglichen Fragen.

1. Sind Sie mit dem Abschluss eines Amtshilfeabkommens einverstanden?

Nach eingehender Überprüfung des Textes des Abkommens stellen wir fest, dass die in unseren Stellungnahmen vom 17.10.2013, vom 12.09.2012, vom 09.09.2011 und vom 26.10.2010 artikulierten Vorbehalte (namentlich Article 5 Bst. a und b (Anwesenheit Angestellten der amerikanischen Behörden); Art. 6 Abs. 1 ff (Originaldokumente); Art. 11 (Wahrung Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis)) weiterhin bestehen und unsere Anliegen nicht berücksichtigt wurden. Der Wahrung des Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnisses wird im vorliegenden Entwurf nicht genügend Rechnung getragen.

CH-Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, Originaldokumente für einen bestimmten Zeitraum aufzubewahren. Sollten diese nun an die andere Abkommenspartei übergeben werden, kann diese Pflicht von den Unternehmen nicht mehr wahrgenommen werden, falls die Originaldokumente nicht mehr retourniert werden sollten. Dies führt zu einer Rechtsunsicherheit. scienceindustries teilt die Meinung der Zollverwaltung nicht, dass Art. 10 Abs. 8 wesentlich zu einer Verbesserung des Datenschutzes beiträgt, da die Vernichtung durch die "requesting Administration" gar nicht kontrolliert werden kann. Der Schutz von vertraulichen Geschäftsinformationen (wie z.B. Lieferanten, Rohstoffpreise, Rezepturen und Herstellungsverfahren) ist damit nicht sichergestellt.

Wir lehnen deshalb den Abschluss eines Amtshilfeabkommens im Zollbereich mit den USA in dieser Form ab.

2. **Wie wichtig ist Ihnen ein allfälliges Abkommen über die gegenseitige Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen (Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten, authorised economic operator, AEO; AEO-Abkommen)?**

scienceindustries begrüsst bis anhin die Bemühungen der Zollverwaltung, den Ausbau des Netzes von Abkommen, die die gegenseitige Anerkennung der Sicherheitsstandards sicherstellen, voranzutreiben.

Aktuell verfügt die Schweiz über 105 Unternehmen (Stand 31.08.2017), die AEO-zertifiziert sind. Gut die Hälfte davon sind Industrieunternehmen und könnten von einem MRA AEO-CTPAT profitieren.

Aus den Reihen der rund 250 Mitgliedunternehmen sind lediglich 10 Unternehmen AEO-zertifiziert.

Um den AEO für Unternehmen interessant zu machen, müssen signifikante Erleichterungen im internationalen Warenverkehr für vertrauenswürdige Unternehmen resultieren. Dies konnte bisher von diesen Unternehmen nicht festgestellt werden.

Aufgrund der weiterhin fehlenden, signifikanten Erleichterungen für Unternehmen mit AEO-Status beurteilt scienceindustries die Wichtigkeit und den Nutzen eines allfälligen Abkommens über die gegenseitige Anerkennung der zollrechtlichen Sicherheitsmassnahmen als gering.

3. **Sind Sie mit dem vorliegenden Abkommenstext einverstanden, damit allenfalls ein AEO-Abkommen zu Stande kommen kann?**

In Ergänzung zu den unter 1. bereits angeführten Punkten erachtet scienceindustries Formulierungen wie z. B. "... to fullest extent possible..." (Art. 10 Abs. 1) als zu schwammig.

4. **Wegen welchen Regelungen im Amtshilfeabkommen wären Sie bereit, auf dieses und damit auf die Möglichkeit der Aushandlung eines AEO-Abkommens zu verzichten (was wären die absoluten "no go"-Kriterien)?**

scienceindustries beurteilt sowohl die mögliche Präsenz von Vertretern der US-Behörden bei Ermittlungen, Inspektionen, usw. (Art. 5.) wie auch die Übergabe von Originaldokumenten (Art. 6) – Kopien respektive beglaubigte Kopien erfüllen den Zweck genauso - als kritisch. Zudem erachtet scienceindustries die Definitionen von "customs offense/customs law" als zu weit gefasst, da diese gemäss unserer Leseart auch die nichtzollrechtlichen Erlasse umfasst (Art.1 Abs. 2 und Abs. 4):

....

2. the term "customs laws" means the laws and regulations enforced by the Customs Administrations concerning the importation, exportation, and transit or circulation of goods as they relate to customs duties, charges, and other taxes or to prohibitions, restrictions, and other similar controls relating to the movement of controlled items across national boundaries;

.....

4. the term "customs offense" means any violation or attempted violation of the customs laws;

.....

Während auf Schweizer Seite der Geltungsbereich für das Abkommen mit der Verordnung vom 4. April 2007 über die Strafkompetenzen der Eidgenössischen Zollverwaltung (SR 631.09) klar abgesteckt ist, ermöglicht die gewählte Formulierung den USA einen maximalen Interpretationsspielraum sowohl für den Einbezug weiterer Behörden wie auch für den Geltungsbereich.

Dies birgt die Gefahr, dass unter dem Deckmantel des Amtshilfeabkommens im Zollbereich weiteren US-Behörden der Zugang zu Schweizer Unternehmen gewährt wird. Zudem ist der US-Spielraum im Bereich "attempted violation" zu gross. Dies ist nicht im Interesse von scienceindustries.

Aus Sicht von scienceindustries muss "customs law" so eng definiert werden, dass keine Interpretation des Geltungsbereichs durch die Abkommenspartner möglich ist.

5. Schlussfolgerung

Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen scienceindustries Informationen zu konkreten Vorteilen und Vereinfachungen in der gegenseitigen Zollabfertigung. Wir lehnen unter diesen Umständen den Abschluss eines Amtshilfeabkommens im Zollbereich mit den USA ab.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
scienceindustries



Dr. Beat Moser
Direktor



Dr. Erik Jandrasits
Handelsverkehr

Oberzolldirektion
Monbijoustrasse 40,
3011 Bern

24. August 2017

Amtshilfeabkommen mit den USA im Zollbereich

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassungseröffnung vom 21. Juni 2017 betreffend dem Amtshilfeabkommen mit den USA im Zollbereich. Gerne möchten wir wie folgt dazu Stellung nehmen.

Wie bereits in unserem Schreiben vom 7. Oktober 2010 festgehalten, besteht seit 1997 ein Abkommen zw. der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft betreffend der gegenseitigen Amtshilfe im Zollbereich(SR 0.632.401.02).

Unseres Erachtens sollte das Amtshilfeabkommen mit den USA im Zollbereich deshalb auch nicht über das Abkommen zw. der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft betreffend der gegenseitigen Amtshilfe im Zollbereich hinausgehen, insbesondere sollten die Befugnisse der amerikanischen Zollbehörden nicht umfassender sein als jene der europäischen, dies auch vor dem Hintergrund, dass weitere Länder mit demselben Anliegen an die Oberzolldirektion gelangen könnten.

Nach Durchsicht des Textes des Abkommens mussten wir feststellen, dass abgesehen von gewissen redaktionellen Änderungen unseren Bedenken, welche wir mit Schreiben vom 7. Oktober 2010 geäussert haben, nach wie vor nicht Rechnung getragen wurde.

Insbesondere sind nach wie vor folgende Punkte zu bemängeln:

1. Obschon das Abkommen Definition vorsieht, werden diese nicht konsequent im Text verwendet. Art. 10 spricht etwa von „requesting contracting Party“, während es „requesting Administration“ heissen sollte, etc.

2. Art. 3 und Art 4 Abs. 2: Die Amtshilfe sollte in Form von sachdienlichen Auskünften und nicht in Form von Informationen (wie unter Art. 1 definiert) geleistet werden. Insbesondere die Herausgabe von Dokumenten sollte relativ restriktiv gehandhabt werden.
3. Art. 5: Weshalb bei Inspektionen etc. Bedienstete der ersuchenden Behörde anwesend sein können und welchen Zweck diese Anwesenheit erfüllen soll, ist nicht verständlich.
4. Art. 6: Originalakten sollten unter keinen Umständen herausgegeben werden. Kopien resp. beglaubigte Kopien erfüllen den gewünschten Zweck ebenfalls.
5. Art. 8 Abs. 3: Nicht nachvollziehbar ist, weshalb Gesuche in englischer Sprache gestellt werden können und nicht zwingend in einer Amtssprache erfolgen müssen, wie das normalerweise verlangt wird.

Freundliche Grüsse

F. Hoffmann-La Roche AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Robert Ferraro".

Robert Ferraro
Rechtsanwalt

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Dr. Barbara Schmid".

Dr. Barbara Schmid
Head of Int. Trade Affairs & Customs Regulations

Kopie:
scienceindustries
economiesuisse